



Das Opfern von Selbstbestimmung und Gleichheit aller Staaten?

Dr. Klaus Olshausen

Dezember 2024

Zusammenfassung

Schon vor der Wahl von Donald Trump zum 47. Präsidenten der USA mehrten sich Stimmen, die einen „Frieden“ wollten, der nicht das Zurückweisen des Aggressors zur Grundlage hatte, sondern dem (vorübergehenden) Einstellen des kinetischen Krieges unter Inkaufnahme von Erfolgen für den Aggressor das Wort redeten. „Ende des Tötens“ rückt das Stoppen des imperialen Russlands in den Hintergrund. Solche „realpolitischen“ Vorstellungen beinhalten Zugeständnisse an das „Recht des Stärkeren“ und nehmen das Einschränken des Selbstbestimmungsrechts ebenso hin wie des Grundsatzes der rechtlichen Gleichheit aller Staaten. Dagegen verringert eine freie Ukraine den Aufwand einer glaubwürdigen Abschreckung Russlands, die schon jetzt erhebliche Mehranstrengungen unverzichtbar macht. Erst eine unabhängige Ukraine und ein Russland in seinen anerkannten Grenzen machen das Ziel der Charta von Paris erreichbar: Europa frei und in rechtem Frieden vereint.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Seit Donald Trump die Wahl Anfang November gewonnen hat und zum Teil schon vorher, begannen Analysten, „Experten“ von Außen- und Sicherheitspolitik und einige politische Parteien, ja Regierungen verstärkt, Gedanken über eine Beendigung der russischen Aggression in verschiedenen Variationen vorzutragen. Entscheidend ist dabei, dass diese mehr und mehr dazu führen oder gar voraussetzen, zwei Grundsätze der internationalen Regeln aufzugeben oder wenigstens hintanzustellen: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Gleichheit aller Staaten.

Dabei wird die erste Frage gar nicht mehr gestellt, geschweige denn beantwortet: Welches Recht hat Russland, die Ukraine anzugreifen, Gebiete zu annektieren und das Land zu zerstören? Denn nur wenn es dafür ein irgendwie geartetes Recht gäbe, könnte man ja überlegen, welchen Deal man zulasten des angegriffenen Landes und Volkes eingehen könnte, damit „wieder Ruhe herrscht“. Die Berater von Trump und er selbst scheinen bereit, dem Angreifer soweit entgegen zu kommen, dass jeder, der auch die Absicht verspürt, Territorium eines Dritten in sein Eigentum zu bringen, mehr als ermutigt wird, seine Absicht in die Tat umzusetzen.

Und wie unsäglich, ja kläglich die Positionen dieser Verfechter von (Teil-)Erfolgen des Aggressors im 21. Jahrhundert sind, wird deutlich, wenn immer wieder Waffenstillstandslinien des vergangenen Jahrhunderts, wie zwischen den beiden Koreas oder in Zypern, als „End Game“ oder „als Ende des Tötens“ herangezogen werden.

Ja, es ist richtig, dass die westlichen Staaten nie gemeinsam und klar das politische Ziel vertreten haben, dass ein fairer und gerechter Friede erfordert, dass Russland und die Ukraine in ihren anerkannten Grenzen zu leben haben. Dass dieses Ziel nicht gemeinsam formuliert und dann mit den erforderlichen Mitteln in die Tat umgesetzt wurde und wird, hat zum Ergebnis, dass Russland seinen brutalen Krieg gegen eine freie Ukraine bereits drei Jahre vorantreiben kann.

Inzwischen – nach massiven Verlusten und Zerstörungen der Ukraine – werden jetzt Papiere geschrieben und Verlautbarungen öffentlich gemacht, deren Inhalt – wenn er sich durchsetzen sollte – kurzfristigen Interessen der USA und einiger Russland zuneigender Länder in Europa dienen würde. Gebietsverluste der Ukraine, ein Aufschieben oder gar Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine mit der Vertröstung einer (auf den St. Nimmerleinstag verschobenen) EU-Mitgliedschaft können, ja werden auch diesen Aggressor nur ermuntern – nach einer Pause, das Ziel der Vernichtung der Ukraine und weitere Ziele in Europa weiter zu verfolgen.

Ein Papier der Rand Corporation argumentiert für ein „End game“ im Wesentlichen auf der Grundlage des militärischen Status quo. In Sachen Sicherheitsgarantie für eine faktisch „amputierte Ukraine“ vertritt es die Auffassung, die USA (und andere Staaten) sollten – bei einer Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft als Entgegenkommen gegenüber Russland – ähnliche bilaterale Zusagen an die Ukraine machen, wie sie die USA mit Südkorea oder Israel vereinbart haben. Dabei darf erinnert werden, dass erstens ein Abkommen der USA von 1994 das Papier nicht wert war, als Russland die Krim annektierte und Krieg im Donbass entfachte. Zweitens wird eine „neutrale, bündnisfreie“ Ukraine Putins Absicht und Willen, die Ukraine ganz zu gewinnen, nicht stoppen, sondern eher verstärken. Und dass Putin weiterreichende Ziele hat, bezeugen nicht nur seine eigenen Aussagen, sondern seine Aufrüstungsanstrengungen, die weit über den Bedarf seiner Ukraine Aggression hinausreichen.

Das bedeutet, jede Vereinbarung auf Basis des Status quo verlangt weiter erhebliche Anstrengungen für eine glaubwürdige Abschreckung Russlands, das seinen imperialen Absichten nicht abschwören wird. Das gilt für die völlige Neuaufstellung der ukrainischen Streitkräfte, aber ebenso für die Fähigkeiten und Einsatzbereitschaft



aller NATO-Staaten. Das American Enterprise Institute wird im Januar 2025 in einer Studie aufzeigen, dass die Unterstützung für einen Erfolg der Ukraine um das 7-fache weniger Aufwand erfordert als die Kosten für die USA, wenn Russland die Ukraine besiegt. Denn dann stünden Russland nicht nur die zusätzlichen Ressourcen der Ukraine zur Verfügung, sondern Russland könnte seine imperialen Vorhaben vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee wahlweise gegen NATO-Staaten richten, wo es annehmen kann, auf den schwächsten Zusammenhalt der Allianz zu treffen.

Und Michael McFaul, ehemaliger Botschafter der USA in Moskau, vertritt die Auffassung, dass jede Aussicht auf eine Aufnahme inhaltlich tragfähiger Verhandlungen voraussetzt, dass Putin klar wird und bleibt, dass die Vereinigten Staaten (unter Trump) die Ukraine nicht aufgeben werden. Und mit Blick auf die Diskussion über Sicherheitsgarantien für die Ukraine sieht er die Einladung der Ukraine zum NATO-Beitritt als Ausgangspunkt des schwierigen Weges für einen fairen Frieden. Und er schlägt vor, die Verpflichtung der NATO zunächst auf die Gebiete der freien Ukraine zu begrenzen. Er bietet Russland damit auf unabsehbare Zeit über 20 Prozent der Ukraine als besetztes – aus russischer Sicht – annektiertes und russifiziertes Gebiet an.

Alle Vorschläge beinhalten einen (Teil-)Erfolg des Aggressors, um den kinetischen Teil des Krieges zu unterbrechen. Wenn damit keine völlige Aufgabe des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Gleichheit aller Staaten verbunden sein soll, müssen die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten bleiben und sogar verstärkt werden, solange die diplomatischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine mit nicht-militärischen Mitteln wieder zu erreichen. Putins obszöne Worte an die Ukraine vor Kriegsbeginn: „Ob es dir gefällt oder nicht, meine Schöne, du musst es erdulden“, dürfen nicht Wirklichkeit werden. Erst wenn die Ukraine frei und Russland sich nach seinen imperialen Verirrungen in seinen anerkannten Grenzen entwickeln wird, wird das Ziel von 1990 erreichbar sein: Ein Europa frei, vereint – in **gerechtem** Frieden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen